

An die
Abgeordneten der Fraktionen im Abgeordnetenhaus Berlin
über I 02 Gabriela Anders-Neufang
I AbtL Christian Blume

Berlin, den 23.02.2021

Antrag des Ausschusses für Bildung, Jugend und Familie des Abgeordnetenhauses Berlin vom 18. Februar 2021 zur Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 18/3377

Gesetz zur Anpassung schulrechtlicher Regelungen im Rahmen SARS-CoV-2-Pandemie im Schuljahr 2020/2021

Freiwilliges Wiederholen eines Schuljahres bis zur 10. Klasse

Stellungnahme von Schulleitungen des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg

Der Antrag der Koalition auf Änderung des Schulgesetzes erfüllt uns mit großer Sorge. Unabhängig von der Einschätzung der Lehrkräfte und Schulleitungen soll es jeder Schülerin / jedem Schüler möglich sein, freiwillig ein Schuljahr zu wiederholen. Würde dem stattgegeben, ergäbe sich für die Schulen eine katastrophale Situation.

Es sollte gerade den bildungspolitischen Sprecher*innen der Koalition bekannt sein, dass es viel zu wenig Schulplätze in Berlin gibt. Grundschulen können zum Teil ihr Einzugsgebiet nicht bedienen. Es drohen mobile Bauten, um zusätzliche Klassen aufzumachen, ohne dass die notwendigen ausgebildeten Lehrkräfte an Bord wären. Oberschulen kämpfen jetzt schon mit viel zu großen Klassen. Der Druck von unten nach oben wächst von Jahr zu Jahr. Kämen nun noch eine unbestimmte Anzahl von Schülerinnen und Schülern dazu, die freiwillig ein Schuljahr wiederholen möchten, würde das gesamte System verstopfen und implodieren.

Jetzt finden gerade Prognosegespräche statt, um den Bedarf an Lehrerstellen für das nächste Schuljahr zu ermitteln. Grundlage der Prognose sind die zu erwartenden Schülerzahlen. Jede Planbarkeit würde verloren gehen, wenn ein unkontrolliertes, beliebiges Wiederholen ermöglicht würde. Es gäbe weder genug Lehrkräfte, noch Schulplätze, noch Räume.

Offenen Auges in solch ein Chaos zu steuern kann in niemandes Interesse liegen.

Wir sind auch höchst irritiert darüber, dass den Schulen offensichtlich jede Beratungs- und Entscheidungskompetenz abgesprochen wird. Ein Beratungsgespräch soll obligatorisch sein, das Ergebnis aber keinerlei Einfluss auf die Entscheidung haben. Das zeugt von einem ungeheuren Ausmaß an Misstrauen gegenüber den Schulen.

Wir fordern von den Politikerinnen und Politikern, Vernunft und Realitätssinn walten zu lassen und den Antrag auf Änderung des Schulgesetzes abzulehnen.

Claudia Buchert – Charlotte-Salomon-Grundschule

Antje Kirschner – Reinhardswald – Grundschule

Sonja Gultom – Schule am Königstor

Demet Siemund – Aziz-Nesin-Grundschule

Dorothea Mandera-Meyer – Fichtelgebirge-Grundschule
Peter Rahrbach – Adorlf-Glasbrenner-Grundschule
Sylke Roschke – Hermann-Hesse-Gymnasium
Nancy Pokall – Hunsrück-Grundschule
Jana Neubert – Fanny-Hensel-Grundschule
Karin Laurenz – Blumen Grundschule
Helmke Schulz – Dathe-Gymnasium
Fabian Metzger – Albrecht-Graefe-Schule
Jens Weinandt – Lemgo-Grundschule
Maurice Balan – Hausburg-Grundschule
Yvonne André – Galilei-Grundschule
Michael Bernatzky – Liebmann-Schule
Jens Meyer – Refik-Veseli-Schule
Anke Schmidt – Ferdinand-Freiligrath-Schule
Claudia Deutscher – Jens-Nydal-Grundschule
Sylvia Röhl – Robert-Koch-Gymnasium
Michael Eichel – Modersohn-Grundschule
Katrin Hanusch-Schmandt – Ellen-Kay-Schule
Christiane Wuntke – Bürgermeister-Herz-Grundschule
Steffen Sibler – Otto-Wels-Grundschule
Renate Krollpfeiffer-Kuhring – Leibniz-Gymnasium
Hr. Kirschstein – Thalia-Grundschule
Thomas Mühlbach – Lina-Morgenstern-Schule
Christiane Paulig – Pettenkofer-Grundschule
Michael Dahms – Carl-von-Ossiezky-Schule
Birgit Braun – Heinrich-Zille-Grundschule
Markus Schega – Nürtingen-Grundschule
B. Uhlitzsch und A. Grünewald – Zille-Grundschule